

Eine Klärung der politischen Linie der Parteibezirke Polnisch-Oberschlesien und Teschener Schlesien erfolgte bei der Wahl zum 2. Schlesischen Sejm am 11. Mai 1930. An die Spitze der Forderungen der DSAP wurden jetzt soziale Fragen gestellt, was gleichfalls eine Annäherung an die polnischen Sozialisten erkennen läßt. Diese Situation wiederholte sich, als die DSAP bei den Wahlen zum Warschauer Sejm und Senat im November 1930 sich zusammen mit der PPS dem Wahlblock Centrolew anschloß.

Für den Zeitraum bis 1933 stellt Szc. fest, daß die Arbeit des Bezirks Polnisch-Oberschlesien im allgemeinen in Übereinstimmung mit dem Programm der Parteileitung in Lodz geführt wurde. Differenzen traten jedoch in bezug auf das Verhältnis zur PPS auf, da sich die Bezirksleitung der PPS in Kattowitz nicht an die Weisungen ihrer Warschauer Parteizentrale hielt. Hervorgehoben werden dabei vom Vf. prinzipielle Unterschiede zwischen den Bezirken der PPS in Kattowitz und Bielitz. Mit genauen Daten zählt Szc. die Rückschläge der DSAP im Kattowitzer Bezirk nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland auf. Die Einstellung der finanziellen Unterstützung für den „Volkswillen“, der jetzt nicht mehr in der vom Deutschen Volksbund getragenen Druckerei gedruckt werden konnte, war der erste Schritt in diese Richtung. Die Liquidierung der Presseorgane des Freien Gewerkschaftsbundes und des Bundes der Angestellten folgte. Ausführlich geht Szc. auf die in den Jahren 1933 und 1934 durchgeführten zahlreichen Versammlungen der DSAP ein. Daraus wird erkennbar, welchem moralischen Druck die deutsche Arbeiterschaft in Polnisch-Oberschlesien in dieser Zeit ausgesetzt war.

Bisher nicht bekannte Einzelheiten aus den Geheimberichten des Innenministeriums in Warschau trägt Szc. über die opfervolle Arbeit der DSAP in Polnisch-Oberschlesien in den Jahren 1935–1939 zusammen, als einige ihrer Mitglieder mit Johann Kowoll an der Spitze sich dem Exilvorstand der SPD in Prag (Sopade) für den Kampf gegen das Hitlerregime in Deutschland zur Verfügung stellten. Die Kolportage von Schriften der Sopade nach Deutschland und umgekehrt von Berichten aus Deutschland nach Prag gehörte zu ihren Aufgaben. Die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Nationalsozialismus erstreckte sich auch auf das „Internationale Komitee gegen Krieg und Faschismus“ in Paris. Bis zur Einverleibung des Sudetenlandes in das Reich bestanden enge Bindungen auch an die Deutsche Sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei.

In einem letzten kurzen Abschnitt behandelt das Buch die Geschichte und das Schicksal der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in Posen-Pommerellen. Die Untersuchung endet hier allerdings bereits im Jahre 1936, da diese Partei nach ihrer Trennung von der DSAP im Jahre 1928 sehr schnell ins nationalistische Fahrwasser geriet und im Jahre 1936 als Faktor aus dem politischen Leben der deutschen Minderheit in Polen gänzlich ausschied.

Erkrath-Hochdahl

Otto Heike

Gerd Wehner: Großbritannien und Polen 1938–1939. Die britische Polen-Politik zwischen München und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 183.) Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, Bern 1983. 312 S.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Diskussion über Erfolg oder Mißerfolg der britischen Appeasementpolitik vor Beginn des Zweiten Weltkrieges hat die Politik Londons gegenüber Polen wiederholt das besondere Interesse der Forschung gefunden (vgl. u. a. Simon Newman: March 1939. The British Guarantee to Poland, Oxford 1976). Dabei ist die am 31. März 1939 nach der deutschen Besetzung Prags ausgesprochene Garantie Polens durch die Regierung Chamberlain als „überstürzt“, als „Blankoscheck für Po-

len“ und der britischen Friedensstrategie schädlich oder auch als großer „Bluff sondergleichen“¹ kritisiert worden, da die öffentlich festgelegte Politik Londons möglicherweise die Kriegsgefahr erhöht habe und zudem als nicht wohlgedachtes Konzept auf halbem Wege stecken geblieben sei, weil das für ein Abschreckungs- und Sicherheitsrezept gegenüber Hitler notwendige und entscheidende Bündnis der Westmächte mit der Sowjetunion nicht zustandekam.

Mit dieser Problematik beschäftigt sich die in München entstandene Dissertation von Gerd Wehner. Es geht dem Autor in seiner sorgfältig und umfassend auf der Basis des britischen, französischen und polnischen Aktenmaterials abgesicherten, diplomatiegeschichtlichen Arbeit insbesondere um die Frage, ob in der englischen Politik nach dem 15. März 1939, als die deutsche Wehrmacht auf Befehl Hitlers in die Rest-Tschechei einmarschierte, eine „radikale Schwenkung“ zugunsten Polens erfolgt sei. Der Vf. verneint diese Frage und kommt zu dem Ergebnis, daß die britische Politik in viel stärkerem Maße von realpolitischen Akzenten und der alten Bündnispolitik bestimmt worden ist, als bislang angenommen wurde. Zwar habe London lange Zeit von einer bedingungslosen Anbindung an Polen oder Rumänien Abstand genommen, denn das Verhalten der englischen und französischen Regierungen sei durch „Spekulationswellen“ (S. 288) über das weitere Vorgehen Hitlers und dessen Expansionsabsichten mitbestimmt worden; nach dem Einmarsch in Prag habe London aber eine offene Bündnispolitik mit Warschau und Paris betrieben sowie einen festen Standpunkt gegenüber Berlin bezogen. Dabei habe die Regierung Chamberlain nach wie vor eine Provokation des Dritten Reiches durch eine starke demonstrative Abschreckungspolitik – etwa im Rahmen einer „großen Allianz“ gegen Berlin – vermeiden wollen, um die politische Lage nicht noch weiter zu verschärfen. Nur behutsam versuchte deshalb London in Ost- und Südosteuropa eine „Front im Osten“ gegen Berlin aufzubauen, und in der ersten Zeit nach dem Münchener Abkommen verfolgte die britische Regierung eine „Politik der Beschränkung“ und Zurückhaltung. W. betont sowohl die „laissez faire-Haltung“ als auch die Bereitschaft Londons, im Rahmen einer Disengagement-Politik für Südosteuropa regionale „Selbstregulierungskräfte“ zu akzeptieren und zu unterstützen (S. 49f.).

Der Vf. konstatiert denn auch in seiner Zusammenfassung: „Die Sorge Großbritanniens, durch ein Bündnis mit Polen definitive Entscheidungen herbeizuführen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“ (S. 296). Erst unter dem Eindruck deutscher Mobilisierungsgerüchte kam es schließlich zur bedingungslosen Garantie an Polen und zu den anschließenden konkreten Vertragsverhandlungen zwischen Warschau und London. Der Autor billigt der französischen Regierung insgesamt eine stärkere Eigenständigkeit im Verhältnis zur britischen Außenpolitik zu. Er widerspricht der bisherigen Aussage, Frankreich habe sich „im Schlepptau“ der britischen Politik befunden (S. 287). Vielmehr sei Paris die treibende Kraft für die Verhandlungsaufnahme im Frühjahr 1939 mit Polen gewesen. Chamberlain habe die Anregung aufgegriffen, da sie zugleich der „Befriedung der britischen Öffentlichkeit“ dienen konnte (S. 154). Wenig überzeugend ist die weitere Überlegung des Autors, Chamberlain habe die Bündnispläne mit Warschau aufgenommen, um mit „einem Akt der Drohung die vorhandene Widerstandsbewegung in Deutschland zum Handeln animieren“ zu können (S. 154). Sie widerspricht zumindest dem Eindruck und Empfinden der aus Widerstandskreisen 1938/39 nach London geschickten Emissäre, die eben kein Entgegenkommen der briti-

1) So L. Kettenacker: Die Diplomatie der Ohnmacht. Die gescheiterte Friedensstrategie der britischen Regierung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, hrsg. von W. Benz und H. Graml, Stuttgart 1979, S. 223–279, hier S. 250.

schen Regierung registrierten. Es paßt auch nicht so recht in das von W. entworfene Bild, daß die Kredit- und Darlehensverträge zwischen London und Warschau nicht sofort in die Tat umgesetzt, sondern erst am 7. September 1939 nach dem Angriff Hitlers auf Polen unterzeichnet wurden, als die Drohungs- und Abschreckungspolitik Londons gleichsam an dem Willen des deutschen Diktators zum Krieg bereits gescheitert war.

Freiburg i. Br.

Gerd R. Ueberschär

Joanna K. M. Hanson: The Civilian Population and the Warsaw Uprising of 1944. Cambridge University Press. Cambridge, London, New York, New Rochelle, Melbourne, Sydney 1983. 345 S.

Der Warschauer Aufstand von 1944 war schon häufig Gegenstand von Veröffentlichungen. Nahezu alle auf dieses Thema bezogenen Werke widmen sich primär dem militärischen und politischen Aspekt des Geschehens. Welche Rolle die Zivilbevölkerung spielte, ist – so bereits die einführenden Worte der Autorin zu ihrem Werk – vergessen oder zumindest stark vernachlässigt worden. Hier eine Korrektur vorzunehmen, an die heldenhafte Haltung der Zivilbevölkerung in Warschau zu erinnern und ihrer historischen Rolle gerecht zu werden, ist das zentrale Anliegen des Buches. Das Ziel hat die Autorin wie folgt formuliert: Sie will „den Typus von Leben zeigen, der unter diesen Bedingungen entstand, die Organisation im Warschau des Aufstandes, wie sich Moral und öffentliche Meinung entwickelten und während der zwei Monate kristallisierten und welche Langzeitwirkungen die Erfahrungen aus dem Aufstand für die Warschauer hatten“ (S. 2). Es ist der Zweck der Abhandlung, den Aufstand zu zeigen, wie er von der Warschauer Zivilbevölkerung gesehen worden ist.

Ziel, Zweck und Absicht machen Eingrenzungen, Hinweise auf methodisches Vorgehen und Begriffserklärungen notwendig. Demnach werden tatsächlich die politische Entwicklung und die militärische Lage nur insoweit eingebracht, als sie für die Fortschreibung des Geschehens von unabdingbarer Notwendigkeit sind. Für den mit der polnischen Geschichte weniger vertrauten Leser schafft dies sicherlich Probleme; denn Querverweise und Bezüge muß er selbst herstellen. Dies ist jedoch für eine ausgewogene Beurteilung notwendig.

Die häufig der Mikrosicht verhaftete Darstellungsweise verstärkt diesen Eindruck, obwohl sie durch das Faktum begründet ist, daß Warschau nicht als Einheit, sondern als eine Vielzahl voneinander abgeschnittener Distrikte den Kampf führen mußte. Dieser Schwierigkeit ist sich die Vf.in ebenso bewußt wie der Problematik des Sujets selbst, der notwendigen Vorsicht bei der Sichtung und Verarbeitung der Quellen und der Fragwürdigkeit derselben. Die Definition des zentralen Begriffs „Zivilbevölkerung“ macht offenbar, wie fragwürdig das scharfe Ausklammern des militärischen Aspekts wirken muß. Joanna Hanson möchte ihr Augenmerk nur auf „zivile“ Handelnde richten, muß jedoch zwangsläufig bei der Schilderung des Aufstands auf meist „militärisch“ Handelnde Bezug nehmen. Bei dem Versuch, die militärische und politische Großlage zu vernachlässigen, – was dadurch gelingt, daß sich die Autorin den Zugang zum Aufstandsgeschehen über ein wichtiges Kapitel „Warschau während der Nazi-Okkupation“ erarbeitet – werden Schlüsselfragen wie die nach der Verantwortung des Aufstands durch die militärischen polnischen Führer, nach deren eigenmächtigem Handeln nicht gestellt. Vielmehr stellt sich die Szene dar wie ein Unwetter, das über die Warschauer Zivilbevölkerung hereinbricht, die nur Spielball höherer Gewalt sein kann. Dies ist bis zum Tag des Ausbruchs des Aufstands am 1. August 1944 sicher bis zu einem gewissen Grade richtig. Umso eher ist doch zu fragen, welche Kräfte in welcher Lage auf Warschau wirkten.

Mit ein paar Aufzählungen sei die Lage ins Gedächtnis zurückgerufen:

– General „Bór“-Komorowski gab am 1. August den Befehl zum Aufstand,